

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 16 (1969)
Heft: 11

Rubrik: Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet = L'Office fédéral de la protection civile communique = L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet
L'Office fédéral de la protection civile communique
L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Kreisschreiben an die kantonalen Zivilschutzstellen

Nr. 126 vom 20. Mai 1969

Kriegswirtschaftliche Vorbereitung; Sicherstellung des erforderlichen Alppersonals im Mobilmachungsfall

Sehr geehrte Herren,

Als Beilage erhalten Sie das an die für die Kriegswirtschaft auf dem Gebiete der Landwirtschaft zuständigen Departemente der Kantone gerichtete Kreisschreiben des Eidg. Kriegs-Ernährungs-Amtes vom 28. April 1969 betreffend die Sicherstellung des erforderlichen Alppersonals im Mobilmachungsfall.

Beilage: Kreisschreiben KEA Nr. XX

Herr Regierungsrat,

Das Bundesgesetz über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge vom 30. September 1955 verpflichtet den Bund, die erforderlichen Massnahmen für eine eventuell wieder notwendig werdende Kriegswirtschaft vorzubereiten. Darunter fallen nebst den in unserem Kreisschreiben XVIII vom 20. Juni 1967 über die Sicherstellung der erforderlichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft (Talbetriebe) auch die notwendigen Vorbereitungen zur Sicherung der unentbehrlichen Fachkräfte für Milch produzierende Alpbetriebe in einem Mobilmachungsfall. Als Alpbetriebe gelten landwirtschaftliche Betriebe, die nur während der Sömmerungszeit eine *selbständige* Betriebseinheit bilden, vom Talbetrieb unabhängig bewirtschaftet werden und in denen vorwiegend Milch produziert bzw. Milch verarbeitet wird. Hingegen sind die Jungviehalpen bei dieser Sicherstellungsaktion nicht zu erfassen.

Die Kantone wurden bereits in den Jahren 1951/52 und 1958 aufgefordert, die unerlässlichen Vorbereitungsarbeiten zu treffen. Inzwischen ist zufolge der neuen Truppenordnung (TO 61) das Wehrpflichtalter unserer Wehrmänner vom 60. auf das 50. Altersjahr herabgesetzt worden. Demgegenüber wird ein Teil der aus der Wehrpflicht entlassenen Arbeitskräfte in einem Aktivfall im Zivilschutz Dienst leisten müssen.

In Zusammenarbeit mit der Abteilung für Adjutantur des Eidg. Militärdepartementes und dem Bundesamt für Zivilschutz hat das Eidg. Kriegs-Ernäh-

rungs-Amt und eine interkantonale Arbeitsgruppe (bestehend aus Vertretern der Kantone Bern, Luzern, Graubünden, Waadt und Wallis) das nachfolgend vorgeschlagene Verfahren zur Sicherstellung des unentbehrlichen Fachpersonals im Mobilmachungsfall ausgearbeitet. Damit soll erreicht werden, dass in einem Mobilmachungsfall die Milch produzierenden bzw. Milch verarbeitenden Alpbetriebe ohne Unterbruch über das notwendige Fachpersonal für die Wartung des Alpviets und die Milchverarbeitung verfügen. Die Vorbereitungen sind so weit voranzutreiben, dass in einem Mobilmachungsfall während der Sömmerungszeit Dispensationen unverzüglich anbegehrt werden können.

Die vorerwähnte interkantonale Arbeitsgruppe hat dieses Problem eingehend studiert und schlägt die Einführung eines Betriebsblattes für jeden Milch produzierenden bzw. Milch verarbeitenden Alpbetrieb vor. Um die in Frage kommenden Betriebe zuverlässig erfassen zu können, sind die Betriebsblätter in denjenigen Gemeinden anzulegen, auf deren Gebiet sich der Alpbetrieb befindet, unabhängig davon, ob er durch Ortsansässige oder Auswärtige bewirtschaftet wird. Zu diesem Zweck hat sich die Gemeinde mit dem Alpbesitzer oder Alpbewirtschafter in Verbindung zu setzen und die erforderlichen Unterlagen für die Sicherstellung des Alppersonals zu beschaffen. Wir empfehlen den Kantonen, die Betriebsblätter im Doppel anzufertigen. Ein Exemplar ist für die zuständige kantonale Stelle bestimmt, das andere bleibt in der Gemeinde.

Die Erstellung und jährliche Nachführung des Betriebsblattes für solche Alpbetriebe schafft die Voraussetzung zu einem raschen Anbegehren der unbedingt notwendigen Dispensationsbewilligungen im Ernstfall. Es soll erreicht werden, dass die unabhömmlichen Aelpler die Alpbetriebe bei Anordnung einer Mobilmachung nicht verlassen.

Aus den Betriebsblättern sind die absolut erforderlichen Fachkräfte in jedem Alpbetrieb ersichtlich. Ebenfalls kann auf Grund dieser Betriebsblätter und der Kenntnis der Alpbetriebe die nachbarliche Aushilfe vorbereitet werden. Nach Durchführung dieser Prüfung sind die anzubegehrenden Dispensationen aus den Betriebsblättern ersichtlich. Das beiliegende, von der interkantonalen Arbeitsgruppe ausgearbeitete Betriebsblatt, könnte in einer Gemeinschaftsaktion der Kantone gedruckt werden, wodurch sich die Kosten erheblich reduzieren lassen. In diesem Falle würden sich die Kosten für den Kanton auf etwa 12 Fr. pro 100 Betriebsblätter belaufen.

Die Armee hat sich in Abweichung der üblichen Praxis bereit erklärt — anstelle von Einzelgesuchen — Listen mit Vorschlägen für befristet zu dispensierende Fachkräfte entgegenzunehmen. Sie knüpft

darán die Bedingung, dass die Kantone das von der interkantonalen Arbeitsgruppe ausgearbeitete System übernehmen. Diese Listen mit Dispensationsvorschlägen sind von den Gemeinden auf Grund der bereinigten Betriebsblätter der in Ihrem Kanton zuständigen Stelle (Kantonale Zentralstelle für Ackerbau oder Kantonale Arbeitseinsatzstelle) jeweils zu Beginn der Sömmerungszeit einzureichen.

Einzelheiten über das einzuschlagende Verfahren sind aus beiliegendem Vorschlag der interkantonalen Arbeitsgruppe ersichtlich. Er kann gleichzeitig als kantonales Kreisschreiben an die Gemeinden Verwendung finden.

Im übrigen bitten wir die Kantone, zum weiteren Vorgehen folgendes zu beachten:

1. Die von den Gemeinden eingereichten Antragslisten für befristete Alpdispensationen sind anhand der Betriebsblätter auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen.
2. In Zeiten drohender Gefahr, d. h. wenn mit einer Mobilmachung der Armee während der Alpzeit gerechnet werden muss, sind die von den Gemeinden beantragten Dispensationen in einer Kantonsliste zusammenzufassen. Diese Kantonsliste ist *ohne Betriebsblätter und ohne Dienstbüchlein* der Abteilung für Adjutantur, Dispensationsstelle, Bern, direkt einzureichen.
3. Aelpler, für die unter den genannten Voraussetzungen eine befristete Dispensation beantragt wird, sind gleichzeitig mit dem Aelplerausweis (siehe Beilage) anzuhalten, trotz Mobilmachung auf ihren Alpbetrieben zu bleiben und den Entscheid über die angebehrte Dispensation abzuwarten. Dieser Ausweis ist von der Kantonalen Ackerbaustelle bzw. Arbeitseinsatzstelle auf den Namen des zu Dispensierenden auszustellen.

Wir bitten Sie, uns auf beiliegendem Formular diejenige Dienststelle bekanntzugeben, die Sie in Ihrem Kanton mit dem Vollzug dieser Massnahmen beauftragt haben. Gleichzeitig ist uns die Anzahl der von Ihrem Kanton benötigten Betriebsblätter bekanntzugeben.

Nr. 129 vom 18. Juli 1969

Vorbereitung der Grundrequisition von Gebäulichkeiten; Bedürfnisse des Zivilschutzes im Falle eines aktiven Dienstes

Sehr geehrte Herren,

1. Wie Sie dem Mitteilungsblatt des Zivilschutzes Nr. 9 entnehmen können, ist die neue Verordnung vom 3. April 1968 über die Requisition am 1. Juli 1968 in Kraft getreten (MZS 9, 15). Mit den Artikeln 4, Absatz 1, Buchstabe a und 79 dieser Verordnung wird die Grund- (oder Mobilmachungs-)requisition für Gebäulichkeiten eingeführt und die Abteilung für Territorialdienst und Luftschutztruppen (seit 1. Januar 1969: Unterabteilung Territorialdienst des Stabes der Gruppe für Generalstabsdienste) als Requisitionsorgan bestimmt. Diese neue Aufgabe bedingt, dass bereits in Friedenszeiten die notwendigen Vorbereitungen für diese Art Requisition zu treffen sind.

Die Unterabteilung Territorialdienst sieht in ihrem Arbeitsprogramm vor, zuerst die Bedürfnisse der Requisitionsberechtigten abzuklären,

daraufhin die Gebäulichkeiten durch die Eidgenössische Requisitionskommission zuteilen zu lassen und anschliessend deren Einschätzung zu veranlassen sowie die Requisitionsbefehle auszufertigen. Bei normalem Ablauf der Umfrage und wenn die gestellten Begehren ein gewisses Mass nicht überschreiten, sollten die verschiedenen obenerwähnten Arbeiten im Laufe des Jahres 1971 abgeschlossen werden können.

2. Die kantonalen Zivilschutzstellen und die Betriebsschutzstellen SBB und PTT werden aufgefordert, dem Bundesamt für Zivilschutz zuhanden der Unterabteilung Territorialdienst die Gebäulichkeiten (Räumlichkeiten) zu melden, die von den örtlichen und betrieblichen Schutzorganisationen ab Beginn eines *aktiven Dienstes* (Teilmobilmachung oder allgemeine Kriegsmobilmachung) infolge ihrer dauernden Inanspruchnahme *unbedingt* requiriert werden sollten (vgl. Art. 3, Buchstabe a der Requisitions-Verordnung). Es handelt sich hauptsächlich um Objekte, deren vorübergehende Verwendung als *Ersatz* für die gemäss Zivilschutzplan zu errichtenden und allfällig noch fehlenden permanenten Anlagen und Einrichtungen gedacht ist, die unter anderem im Artikel 105 ZSV aufgeführt sind. Für die bis *Ende 1970* zu erstellenden Anlagen und Einrichtungen ist kein Ersatz durch Requisition anzubegehren.

3. Gebäude im Eigentum des Bundes, der Kantone und Gemeinden kommen für die Grundrequisition nicht in Betracht; sie können von diesen Behörden dem Zivilschutz zugewiesen werden (Art. 76, Abs. 3 ZSG) und sind daher als solche auf dem beigelegten Formular («Requisitionsbegehren») unter der Rubrik «Bemerkungen» lediglich zu melden. Hierfür können sich die Ortschefs auf die laufend nachgeführten Erhebungslisten vom April 1966 über die im Falle eines aktiven Dienstes verfügbaren Räumlichkeiten stützen, die sich bei den Gemeinden befinden.

Gebäude, die im Privateigentum stehen und nur zeitlich beschränkt benötigt werden, fallen für die Grundrequisition ebenfalls ausser Betracht.

Desgleichen kommen auch die nach Artikel 2 der Requisitions-Verordnung als von der Requisition ausgeschlossenen Gebäude nicht in Frage.

4. Die für eine Requisition in Aussicht genommenen Gebäulichkeiten sollten den Mindestanforderungen entsprechen, wie sie in den diesem Kreisschreiben beigelegten Dokumenten umschrieben sind, nämlich
— «Bauliche Grundsätze für die Requisition von Gebäulichkeiten für den Zivilschutz» und
— «Minimaler Raumbedarf für die Requisition von Räumlichkeiten für die Schutzorganisationen».

In begründeten Fällen können *ausnahmsweise* auch Höhlen oder unterirdische Bauten der Elektrizitätswerke eventuell als öffentliche Schutzräume gemäss Artikel 4 BMG verwendet werden. Vorbehalten bleibt die von Fall zu Fall zu erteilende Genehmigung des Bundesamtes für Zivilschutz.

5. Die vollständig ausgefüllten Formulare «Requisitionsbegehren» (für jedes Gebäude 1 Exemplar) sind dem Bundesamt für Zivilschutz bis *Ende 1969* einzureichen.

6. Die Durchführung dieser Arbeiten ist nach den Bedürfnissen in der erforderlichen Anzahl eintägiger kantonalen und kommunaler Rapporte zu erledigen. Die Vergütungen oder Entschädigungen richten sich nach den Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz vom 21. August 1968 über die Verwaltung im Zivilschutz und deren Anhang (MZS 9, 141).

Diese Rapporte sind dem BZS wegen der Militärversicherung 4 Wochen vor Beginn zu melden (ohne Stoffprogramm und Budget).

7. Die Verantwortung für die Wahl der Requisitionsobjekte liegt bei der organisationspflichtigen Gemeinde bzw. bei der Betriebsschutzleitung SBB und beim Betriebsschutzleiter der PTT-Kreisdirektionen. Die Genannten sind durch Sie nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass die Möglichkeit, sich des Mittels der Grundrequisition zu bedienen, sie in keiner Weise von der gesetzlich vorgeschriebenen Baupflicht entbindet (vgl. Art. 68 ZSG). Die Requisition ist nur eine Behelfsmassnahme.

8. Die Herausgabe der endgültigen Fassung des an den Rapporten von Zürich und Lausanne abgegebenen Requisitionsbehelfs erfolgt später. Dieser wird als Grundlage für die Ausbildung der Ortschefs hinsichtlich des Requisitionswesens für den Zivilschutz dienen.

Für die Erledigung des vorliegenden Auftrages genügen die in den Ziffern 4 und 5 erwähnten Beilagen.

Nr. 133 vom 26. August 1969

Abschluss der Umänderungsaktion auf Storz

Sehr geehrte Herren,

Gestützt auf unser Kreisschreiben Nr. 109 vom 22. November 1968 haben einige Kantone hinsichtlich der Umänderungsaktion auf Storz ein Verlängerungsgesuch eingereicht. Diesen Gesuchen haben wir entsprochen und den Abschluss der Aktion auf den 30. Juni 1970 festgelegt. Bis zu diesem Datum haben uns die Gesuchsteller die entsprechenden Gemeindeabrechnungen in dreifacher Ausfertigung zuzustellen. Alsdann werden wir die Kontrollen und Beitragsauszahlungen vornehmen.

Nach dem 30. Juni 1970 werden keine Rechnungen mehr angenommen.

Nr. 138 vom 1. Oktober 1969

Vom Hydrantennetz unabhängige Löschwasserversorgung (Art. 105, Abs. 1, Buchstabe g ZSV und Weisungen vom 1. Juni 1965 im MZS 2, 4) in Verbindung mit der Erstellung von Schwimmbecken

Sehr geehrte Herren,

Die Regelung der Beitragsleistung des Bundes an die Erstellung einer vom Hydrantennetz unabhängigen Löschwasserversorgung in Verbindung mit dem Bau von Schwimmbecken (Ziff. 36 der Weisungen) hat wiederholt zu Auslegungsschwierigkeiten geführt.

Im Einvernehmen mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung wird folgendes klargestellt:

1. An Löschwasserversorgungen des Zivilschutzes, die von Anfang an als Schwimmbecken ausgebaut

werden sollen, leistet der Bund nur dann Beiträge, wenn der Nachweis dafür erbracht wird (Protokollauszüge, Abstimmungsbotschaften, Wasserplan usw.), dass das Schwimmbecken ohne die Notwendigkeit der Löschwasserversorgung für den Zivilschutz nicht erstellt würde.

2. Bei Schwimmbädern mit besondern, für den Badebetrieb vorgesehenen Einrichtungen wie Duschanlagen, Sprungbrettern, Springtürmen, Umkleidekabinen, Verpflegungsmöglichkeiten und dergleichen mehr, vor allem aber bei Schwimmanlagen mit Eintrittsgebühren, wird in jedem Falle angenommen, dass diese Anlagen aus volkshygienischen oder touristischen Gründen ohnehin gebaut würden. Bundesbeiträge können nur ausgerichtet werden, wenn der Gesuchsteller den Gegenbeweis erbringen kann.

3. Handelt es sich nach Auffassung der Ersteller um eine beitragsberechtigte Löschwasserversorgung für den Zivilschutz, so hat die betreffende Gemeinde oder der Dritte — innerhalb des Verfahrens gemäss Punkt 5 hiernach — um die Bewilligung für den Ausbau des vorgesehenen Löschwasserbeckens zu einem Schwimmbecken nachzusuchen.

4. Erbringt der Gesuchsteller den unter Ziffer 1 hier vor verlangten Nachweis oder den Gegenbeweis gemäss Ziffer 2, so sichert das Bundesamt für Zivilschutz die Beitragsleistung an die Kosten der für den Zivilschutz erforderlichen Anlagen und Einrichtungen unter folgenden Bedingungen zu:

a) Standort des Schwimmbeckens entsprechend den taktischen und einsatzmässigen Anforderungen des Zivilschutzes

b) Jederzeit mögliche und gesicherte Zugänge zu den Wasserentnahmestellen mit Motorfahrzeugen

c) Bei Schwimmbecken innerhalb von Gebäuden: Erstellen einer Wasserentnahmestelle ausserhalb des Trümmerbereiches vollständig auf Kosten der Gemeinde oder Dritter

d) Benützung ohne Entschädigung durch den Zivilschutz

e) Eintrag im Grundbuch

5. Nach wie vor gelten die Weisungen des BZS vom 1. Juni 1965 über die vom Hydrantennetz unabhängige Löschwasserversorgung sowie seine beiden Kreisschreiben Nr. 30 und 65 betreffend Vorgehen für die Plangenehmigung, Zusicherung und Auszahlung des Bundesbeitrages.

Circulaires aux offices cantonaux de la protection civile

No 126 du 20 mai 1969

Préparatifs d'économie de guerre; mise à disposition du personnel des alpages nécessaire en cas de mobilisation

Messieurs,

Vous recevez ci-annexée la circulaire du 28 avril 1969 (relative à la mise à disposition du personnel des alpages nécessaire en cas de mobilisation) que l'Office fédéral de guerre de

l'alimentation a adressée aux départements cantonaux compétents en matière d'économie de guerre dans le domaine de l'agriculture.

Annexe: Circulaire OGA No XX

*Préparatifs d'économie de guerre;
mise à disposition du personnel des alpages nécessaire en cas de mobilisation B/II/6-M*

Monsieur le conseiller d'Etat,

La loi fédérale sur la préparation de la défense nationale économique du 30 septembre 1955 engage la Confédération à prendre les mesures nécessaires en vue de préparer une éventuelle économie de guerre. Ces mesures impliquent aussi bien les préparatifs prescrits dans notre circulaire OGA No XVIII du 20 juin 1967, concernant la mise à disposition de la main-d'œuvre agricole (exploitations de plaine), actuellement en cours d'exécution que ceux tendant à assurer la mise à disposition, en cas de mobilisation, de la main-d'œuvre spécialisée indispensable à l'exploitation des alpages qui produisent du lait. Ne sont définies comme exploitations alpêtres que celles qui constituent une unité d'exploitation *indépendante* pendant l'estivage, qui sont exploitées de façon distincte du domaine de plaine, *qui produisent principalement du lait et procèdent à sa transformation*. Par contre, les alpages destinés au jeune bétail ne seront pas recensés dans le cadre de cette campagne de mise à disposition du personnel des alpages.

En 1951/1952 et en 1958 déjà, les cantons ont été invités à entreprendre les travaux préparatoires indispensables. Depuis lors, la limite d'âge relative à l'obligation de servir a été abaissée de 60 à 50 ans, conséquence de la nouvelle organisation des troupes (OT 61). Cependant, une partie du personnel libéré de ses obligations militaires est, en cas de service actif, incorporé à la protection civile.

En collaboration avec le Service de l'adjudance du Département militaire fédéral et l'Office fédéral de la protection civile, l'Office fédéral de guerre de l'alimentation et un groupe de travail intercantonal (composé de représentants des cantons de Berne, Lucerne, Grisons, Vaud et Valais) ont élaboré les instructions suivantes qui tendent à assurer la mise à disposition de la main-d'œuvre spécialisée indispensable en cas de mobilisation. Le but à atteindre est le suivant: Les exploitations alpêtres productrices de lait et qui procèdent à sa transformation doivent pouvoir disposer, pendant la saison d'alpage en cas de mobilisation, du personnel spécialisé nécessaire pour les soins à donner au bétail alpe et pour les travaux relatifs à la transformation du lait. Les travaux préparatoires doivent permettre de pouvoir demander immédiatement l'octroi de dispenses en cas de mobilisation au cours de la saison d'alpage, en faveur du personnel spécialisé.

Le groupe de travail intercantonal précité a étudié ce problème à fond et propose l'introduction d'une feuille d'exploitation pour chaque alpage produisant ou transformant du lait. Afin de recenser complètement toutes les exploitations qui entrent en ligne de compte, les feuilles d'exploitations seront établies par les communes sur le territoire desquelles se trouve l'alpage recensé, *que les exploitants de celui-ci habitent ou non la commune*. Pour atteindre

ce but, la commune ou le service cantonal compétent doit donc prendre contact avec le propriétaire ou l'exploitant de l'alpage et se procurer les données statistiques nécessaires pour assurer la mise à disposition du personnel de l'exploitation alpestre. *Nous recommandons aux cantons d'établir les feuilles d'exploitation en deux exemplaires dont l'un est destiné au service cantonal compétent, l'autre restant dans la commune.*

L'établissement et la tenue à jour annuelle de la feuille d'exploitation pour de tels alpages constituent la condition essentielle permettant de demander rapidement l'octroi des dispenses indispensables en cas d'absolue nécessité afin que le personnel d'alpage à dispenser ne se trouve pas dans l'obligation de quitter les exploitations en cas de mobilisation.

Les feuilles d'exploitation permettent d'établir la liste du personnel spécialisé absolument indispensable à chaque exploitation. De même, l'entraide entre voisins peut être préparée sur la base des renseignements fournis par ces feuilles d'exploitation et la connaissance des alpages. Après cet examen, le nombre et la nature des dispenses nécessaires pourront être déterminés. La feuille d'exploitation ci-jointe, élaborée par le groupe de travail intercantonal, pourrait être imprimée dans le cadre d'une action commune des cantons, ce qui permettrait de réduire considérablement les frais. Dans ce cas, ceux-ci s'élèveraient pour le canton à environ 12 fr. par 100 feuilles d'exploitation.

L'armée, contrairement à la pratique habituelle — qui consiste à présenter des demandes de dispense individuelles — a donné son accord afin que les propositions de demandes de dispense temporaires au bénéfice de la main-d'œuvre spécialisée soient groupées sur des listes, à condition toutefois que les cantons adoptent le système élaboré par le groupe de travail intercantonal. Ces listes de propositions de dispenses, établies sur la base des feuilles d'exploitation, doivent être adressées chaque année, au début de l'estivage, par les communes au service cantonal compétent de votre canton (Office cantonal de la culture des champs ou du travail). Le projet annexé du groupe de travail intercantonal renseigne sur les détails de la procédure d'application. Il peut aussi être utilisé comme circulaire cantonale aux communes.

En outre, nous prions les autorités cantonales de bien vouloir tenir compte des remarques suivantes concernant la marche à suivre:

1. Au moyen des feuilles d'exploitation, on contrôlera l'exactitude des listes de demandes de dispenses de durée limitée au bénéfice du personnel d'alpage indispensable.
2. En cas de danger, c'est-à-dire lorsque la mobilisation de l'armée pendant l'estivage est imminente, les dispenses demandées par les communes seront groupées dans une liste cantonale. Cette dernière sera adressée directement au Service de l'adjudance, Service des dispenses, à Berne, *sans y annexer les feuilles d'exploitation et les livrets de service des bénéficiaires*.
3. Simultanément, on invitera le personnel d'alpage mobilisable, au moyen de l'attestation annexée, et au bénéfice duquel une demande de dispense limitée a été prévue à *ne pas quitter l'exploitation alpestre et d'y attendre la décision relative à la dispense demandée*. Cette attestation sera établie

au nom du bénéficiaire par l'office cantonal compétent.

Au moyen de la formule annexée, nous vous prions de nous communiquer l'adresse exacte de l'office chargé d'exécuter ces mesures dans votre canton. Simultanément, nous vous prions de nous communiquer le nombre de feuilles d'exploitation dont votre canton a besoin.

No 129 du 18 juillet 1969

Préparation de la réquisition de base des bâtiments; besoins de la protection civile en cas de service actif

Messieurs,

1. Comme vous avez pu le constater dans le numéro 9 de la Feuille officielle de la protection civile, la nouvelle ordonnance du 3 avril 1968 concernant la réquisition est entrée en vigueur le 1er juillet 1968 (FOPC 9, 16). Les articles 4, 1er alinéa, lettre a et 79, de cette ordonnance introduisent la réquisition de base (ou de mobilisation) des bâtiments et désignent en qualité d'organe de la réquisition le service territorial et des troupes de protection aérienne, appelé depuis le 1er janvier 1969 subdivision service territorial de l'état-major du groupement de l'état-major général. Ce mode de réquisition nous oblige à faire en temps de paix déjà les préparatifs nécessaires.

La subdivision service territorial prévoit dans son programme de travail de prendre connaissance d'abord des besoins des ayants droit, de charger ensuite la commission fédérale de la réquisition d'attribuer les bâtiments et de faire procéder enfin à leur estimation, ainsi qu'à l'établissement des ordres de réquisition. Si les opérations de recensement se déroulent normalement et si les demandes de réquisition n'excèdent pas une certaine mesure, ces différents travaux pourraient être terminés dans le courant de 1971.

2. Les offices cantonaux de la protection civile, ainsi que les offices de protection d'établissements des CFF et des PTT sont invités à signaler à l'Office fédéral de la protection civile, qui les transmettra à la subdivision service territorial, les besoins en bâtiments (locaux) qui, en raison de leur mise à contribution prolongée, devraient *absolument* être réquisitionnés dès le début d'un *service actif* (mobilisation partielle ou mobilisation générale de guerre) par les organismes de protection locaux et d'établissements (voir art. 3, litt. a Ord. réquisition). Comme les installations et dispositifs permanents désignés de manière non exhaustive à l'article 105 OPC sont généralement en nombre insuffisant par rapport à celui déterminé par le plan de la protection civile, il s'agit de combler cette lacune par la réquisition de bâtiments dont on envisage une utilisation temporaire. Il n'est pas prévu de remplacer par la voie de la réquisition les installations et dispositifs qui doivent être construits *jusqu'à fin 1970*.

3. Les bâtiments qui sont propriété de la Confédération, des cantons et communes ne doivent pas être l'objet d'une réquisition de base, mais ces autorités peuvent les attribuer à la protection civile (art. 76, 3e al. LPC); aussi ne seront-ils signalés comme tels que sous la rubrique «Observations» de la formule annexée («Demande de réquisition»). Les chefs

locaux auront intérêt à se référer aux «fiches de locaux», mises à jour périodiquement depuis avril 1966, date du recensement des locaux disponibles pour le service actif que possèdent les communes. Les bâtiments qui sont propriété privée et qui ne sont utilisés que pour une courte durée ne doivent pas non plus être l'objet d'une réquisition de base. Les bâtiments qui ne peuvent être réquisitionnés au sens de l'article 2 de l'ordonnance concernant la réquisition n'entrent naturellement pas en considération.

4. Les bâtiments que l'on veut réquisitionner devraient répondre aux exigences minimums exposées dans les documents annexés à la présente circulaire, soit:

— «Principes de construction concernant la réquisition de bâtiments à l'usage de la protection civile».

— «Exigences minimums quant aux dimensions des locaux réquisitionnés pour les organismes de protection civile».

Si l'*exception* se justifie, on pourra éventuellement utiliser aussi des cavernes ou des constructions souterraines des centrales d'électricité comme abris publics (art. 4 LCPC), sous réserve de l'accord donné de cas en cas par l'Office fédéral de la protection civile.

5. Il faut envoyer à l'Office fédéral de la protection civile, *jusqu'à fin 1969*, les formules «Demande de réquisition» complètement remplies, à raison d'un exemplaire par bâtiment.

6. Ces travaux seront exécutés sous la forme et en nombre nécessaire de rapports cantonaux et communaux d'un jour. Les indemnités ou les dédommagements journaliers sont versés conformément aux prescriptions de l'Office fédéral de la protection civile du 21 août 1968 concernant l'administration dans la protection civile, ainsi qu'à leur appendice (FOPC 9, 142).

Chaque rapport doit être annoncé quatre semaines à l'avance pour des raisons d'assurance militaire (sans programme des matières et sans budget).

7. Le choix des biens réquisitionnables incombe à la commune tenue de créer un organisme comme à la direction de l'organisme de protection d'établissement des CFF et au chef de la protection des établissements des directions d'arrondissement des PTT. Vous devez les rendre particulièrement attentifs que la possibilité offerte par la réquisition de base ne peut en aucun cas les dispenser de l'obligation légale de construire (art. 68 LPC) et qu'on ne doit y recourir qu'à titre de succédané.

8. Le document sur la réquisition remis aux rapports de Zurich et Lausanne sera publié plus tard dans sa forme définitive. Il servira de base à l'instruction des chefs locaux en matière de réquisition dans la protection civile.

Les annexes citées sous chiffres 4 et 5 suffisent à la réalisation de la présente tâche.

No 133 du 26 août 1969

Clôture de l'opération de rajustement au système de raccords Storz

Messieurs,

En se fondant sur la teneur de notre circulaire No 109 du 22 novembre 1968, certains cantons nous ont fait

parvenir une demande de prorogation concernant l'opération de rajustement au système de raccords Storz. Nous avons acquiescé à ces demandes et reporté la clôture de l'opération au 30 juin 1970. Les ayants droit nous soumettrons donc jusqu'à cette date et en triple exemplaire les règlements de compte y relatifs des communes. Par la suite nous procéderons aux contrôles et aux paiements de la subvention.

Nous n'accepterons plus de décomptes après le 30 juin 1970.

No 138 du 1 octobre 1969

Réserves d'eau indépendantes du réseau d'hydrants (art. 105, 1er al., let. g, OPC et prescriptions du 1er juin 1965 dans la FOPC 2, 4) en rapport avec la construction de piscines

Messieurs,

La manière de régler le versement de subventions fédérales occasionné par la construction de réserves d'eau indépendantes du réseau d'hydrants en rapport avec celle de piscines (ch 36 desdites prescriptions) a causé maintes fois des difficultés d'interprétation.

Après entente avec l'Administration fédérale des finances, nous vous donnons les précisions suivantes:

1. En ce qui concerne les réserves d'eau de la protection civile qui, dès le début, sont construites en tant que piscines, la Confédération ne versera des subventions que s'il est établi (extraits de procès-verbaux, messages relatifs à des votations, plan de réserves d'eau, etc.) que ces piscines n'auraient pas été aménagées sans que des réserves d'eau se fussent avérées nécessaires pour la protection civile.
2. Quant aux bassins de natation ayant des agencements spéciaux prévus pour l'exploitation de bains, tels que douches, tremplins, plongeoirs, cabines de bain, débits de vivres et de boissons, etc., surtout dans les établissements qui perçoivent des taxes d'entrée, il est présumé, en l'occurrence que ces installations auraient été construites de toute façon pour des motifs de santé publique ou de tourisme. Aussi des subventions fédérales ne peuvent-elles être versées que si la personne qui les demande est à même de renverser cette présomption en établissant la preuve contraire.
3. Si, de l'avis du constructeur, il s'agit bien d'une réserve d'eau destinée à la protection civile qui donne droit à la subvention, la commune ou le tiers que cela concerne est tenu de demander (en procédant selon le chiffre 5 ci-après) l'autorisation d'aménager en bassin la réserve d'eau prévue.
4. Si la personne qui demande la subvention fournit la justification exigée sous chiffre 1 ci-dessus ou la preuve contraire selon chiffre 2, l'Office fédéral de la protection civile assure le paiement de la subvention pour les installations et dispositifs nécessaires à la protection civile aux conditions suivantes:
 - a) L'emplacement de la piscine doit répondre aux exigences tactiques et convenir à la protection civile pour son intervention.
 - b) L'accès de véhicules à moteur au point d'eau doit être possible et assuré en tout temps.
 - c) S'il s'agit d'une piscine à l'intérieur d'un immeuble, il faut aménager un point d'eau en dehors de la portée des décombres, cela complètement aux frais de la commune ou du tiers.
 - d) Utilisation gratuite par la protection civile.
 - e) Inscription au registre foncier.

5. Demeurent applicables les prescriptions de l'OFPC du 1er juin 1965 concernant les réserves d'eau indépendantes du réseau d'hydrants, ainsi que les deux circulaires Nos 30 et 65 concernant la voie à suivre pour obtenir l'approbation des plans, la promesse et le versement de la subvention fédérale.

Circolari agli Uffici cantonali della protezione civile

N. 126 del 20 maggio 1969

Preparativi in materia di economia di guerra; misure atte a garantire la presenza del personale d'alpe indispensabile in caso di mobilitazione di guerra

Ricevete in allegato

la circolare dell'ufficio di guerra dei viveri del 28 aprile 1969 concernente le misure atte a garantire la presenza del personale d'alpe indispensabile in caso di mobilitazione di guerra, inviata ai dipartimenti cantonali preposti all'economia di guerra per il settore agricolo.

Allegato: Circolare UGV N. XX

Preparativi in materia di economia di guerra; Misure atte a garantire la presenza del personale d'alpe indispensabile in caso di mobilitazione; B/1/6-M

Onorevole signor Consigliere di Stato,

La legge federale del 30 settembre 1955, concernente la preparazione della difesa nazionale economica, obbliga la Confederazione a provvedere affinché sia posto mano ai preparativi che si impongono nel caso in cui venisse reintrodotta il regime di economia di guerra. Oltre alle misure già contemplate dalla nostra circolare XVIII del 20 giugno 1967, per quanto attiene alla garanzia del personale necessario all'agricoltura (aziende di valle), vanno annoverati i preparativi atti ad assicurare la manodopera indispensabile in caso di mobilitazione alle imprese alpestri che si occupano della produzione di latte. Sono considerate imprese alpestri quelle aziende agricole che, durante il periodo d'alpeggio, costituiscono un'unità aziendale a sè stante, cioè condotte indipendentemente dall'azienda di valle e che si occupano prevalentemente della produzione, rispettivamente della lavorazione del latte. Gli alpi destinati invece all'alpeggio del giovane bestiame sono esclusi da questa azione volta all'assicurazione del personale.

Già negli anni 1951/52 e 1963 i cantoni furono invitati a promuovere i preparativi opportuni. In conseguenza della nuova organizzazione militare (OM 61), l'obbligo militare si estende fino al 50mo anno d'età e non più fino ai sessant'anni. Una parte dei militi

prosciolti dagli obblighi militari sono per contro tenuti, in caso effettivo, a prestare servizio nella protezione civile.

Agli effetti della garanzia della manodopera indispensabile in caso di mobilitazione, congiuntamente al Servizio dell'aiutantura del Dipartimento militare federale e all'Ufficio federale della protezione civile, l'Ufficio federale di guerra per i viveri e un gruppo intercantonale di lavoro, costituito da rappresentanti dei cantoni di Berna, Lucerna, Grigioni, Vaud e Vallese, hanno elaborato la procedura proposta qui appresso. Essa mira a conseguire che, in caso di mobilitazione, le imprese alpestri che si occupano della produzione, rispettivamente della lavorazione del latte dispongano, senza interruzione alcuna, della manodopera di cui abbisognano per il governo del bestiame alpeggiato e per la lavorazione del latte. I preparativi vanno posti in atto al punto che, in caso di mobilitazione, le domande di dispensa dal servizio possano essere presentate immediatamente durante l'alpeggio.

Il gruppo intercantonale di lavoro, di cui si è fatta menzione, ha studiato fin nei particolari questo problema e propone l'introduzione di un foglio aziendale per quelle imprese alpestri che si occupano della produzione e della lavorazione del latte. Per accertarsi che l'azione sia estesa a tutte quelle imprese che entrano in linea di conto, occorre che i fogli aziendali siano messi a disposizione di quei comuni sul cui territorio esistono imprese alpestri, indipendentemente dal fatto che queste siano condotte da gente del luogo o da persone provenienti da altri comuni. A questo fine, il comune si metterà in relazione con il proprietario o il caricatore dell'alpe per procurarsi la documentazione opportuna agli effetti della garanzia del personale d'alpe. Raccomandiamo ai cantoni di allestire i fogli aziendali in duplo, di cui un esemplare sarà destinato all'ufficio cantonale preposto al riguardo e l'altro al comune.

La richiesta tempestiva delle autorizzazioni di dispensa, assolutamente necessarie in caso d'emergenza, dipende dall'approntamento e dall'aggiornamento annuale del foglio aziendale per tali imprese alpestri. Occorre ottenere che, ove venisse ordinata una mobilitazione della truppa, il personale indispensabile alla conduzione dell'impresa alpestre non abbia ad abbandonare la stessa.

I fogli aziendali danno le indicazioni sulla manodopera assolutamente indispensabile ad ogni impresa alpestre. Sulla scorta dei fogli aziendali e grazie alla conoscenza delle condizioni sull'alpe, saranno attuati anche i preparativi per quanto attiene alla manodopera ausiliaria proveniente dal vicinato. Dopo questo esame, i fogli aziendali daranno ragguaglio sulle dispense da chiedere. Il foglio aziendale allegato, elaborato dal gruppo intercantonale di lavoro, potrebbe essere stampato collettivamente per i cantoni, ciò che consentirebbe una riduzione della spesa. In questo caso, per 100 fogli aziendali al cantone verrebbe addossata una spesa di circa fr. 12.—.

In deroga alla prassi seguita finora, da parte dell'Esercito si è disposti ad accogliere, anziché la presentazione di domande singole, una lista di proposte a favore della manodopera da dispensare, a scadenza fissa, dal servizio militare. La condizione posta al riguardo è che da lato cantonale sia ripreso il sistema elaborato dal gruppo intercantonale di lavoro. Le liste con le proposte di dispensa vanno presentate, sulla scorta dei fogli aziendali aggiornati e ogniqua-

volta all'inizio del periodo d'alpeggio, dai comuni all'ufficio competente nel loro cantone (ufficio cantonale della campicoltura o ufficio cantonale di collocamento).

I particolari sulla procedura da adottare sono contenuti nella proposta allegata del gruppo intercantonale di lavoro. Essa potrà servire ad un tempo come circolare del cantone ai comuni.

Invitiamo i cantoni a procedere nei lavori come segue:

1. Le liste presentate dai comuni, con proposte di dispensa a scadenza fissa per attività alpestre, vanno esaminate, circa la loro esattezza, sulla scorta dei fogli aziendali.
2. In caso di pericolo, segnatamente quando una mobilitazione della truppa è prevedibile durante il periodo d'alpeggio, le dispense proposte dai comuni vanno ricapitolate in una lista cantonale. Questa lista cantonale dev'essere trasmessa direttamente al Servizio dell'aiutantura, ufficio delle dispense, Berna, *senza tuttavia allegare i fogli aziendali e i libretti di servizio.*
3. Agli alpigiani, per i quali è stata domandata, salvo le citate premesse, una dispensa dal servizio militare a scadenza fissa, sarà nel contempo ingiunto con il certificato di personale d'alpe (vedi allegato) di rimanere nonostante la mobilitazione presso l'azienda alpestre in attesa che sia loro notificata la decisione sulla dispensa richiesta. Il certificato di cui trattasi verrà rilasciato dall'Ufficio cantonale della campicoltura o da quello di collocamento e sarà intestato al nome del milite da dispensare.

Vi preghiamo di comunicarci, facendo uso del modulo allegato, l'ufficio che avrete incaricato dell'esecuzione di questi provvedimenti nel vostro cantone. Vogliate nel contempo portare a nostra conoscenza il numero dei fogli aziendali di cui il cantone abbisogna.

N. 129 del 18 luglio 1969

Preparazione della requisizione di base degli edifici; fabbisogno della protezione civile in caso di servizio attivo

1. Come avete potuto constatare nel N. 9 del Foglio d'informazione della protezione civile, la nuova ordinanza del 3 aprile 1968 concernente la requisizione è entrata in vigore il primo luglio 1968 (FIPC 9, 16). Gli articoli 4, capoverso 1, lettera a, e 79 di questa ordinanza introducono la requisizione di base (o di mobilitazione) degli edifici e designano quale organo di requisizione il Servizio territoriale e delle truppe di protezione aerea (denominato, a decorrere dal primo gennaio 1969, Sottodivisione servizio territoriale dello stato maggiore dell'aggruppamento dello stato maggiore generale). Questo modo di requisizione ci obbliga a intraprendere già in tempo di pace i preparativi necessari.

La Sottodivisione servizio territoriale prevede nel suo programma di lavoro di prendere dapprima conoscenza dei bisogni degli aventi diritto, d'incaricare in seguito la commissione federale della requisizione di assegnare gli edifici e di far procedere infine alla loro stima, nonché all'allestimento degli ordini di requisizione. Se le operazioni di

censimento si volgeranno normalmente e le domande di requisizione non oltrepasseranno una certa misura, questi vari lavori potrebbero essere terminati nel corso del 1971.

2. Gli uffici cantonali della protezione civile, come pure gli uffici di protezione di stabilimento delle FFS e delle PTT sono invitati a segnalare all'Ufficio federale della protezione civile, che li trasmetterà poi alla Sottodivisione servizio territoriale, i propri fabbisogni in edifici (locali) che, a motivo della loro utilizzazione prolungata, dovrebbero essere *assolutamente* requisiti già all'inizio d'un *servizio attivo* (mobilitazione parziale o mobilitazione generale di guerra) dagli organismi di protezione locali e di stabilimento (vedasi l'art. 3, lett. a, dell'Ord. requisizione). Si tratta, per lo più, degli obbiettivi la cui utilizzazione transitoria sia intesa a *sostituire* gli impianti e i dispositivi permanenti da costruire in conformità del piano di protezione civile ed eventualmente ancora mancanti, elencati all'articolo 105 OPC. Per gli impianti e i dispositivi che saranno costruiti entro la *fine del 1970*, non si deve far richiesta di sostituzione a mezzo requisizione.
3. Gli edifici di proprietà della Confederazione, dei cantoni e dei comuni non devono essere oggetto d'una requisizione di base; queste autorità possono assegnarli alla protezione civile (art. 76, cpv. 3 LPC), epperò essi saranno segnalati come tali sotto la rubrica «Osservazioni» del modulo annesso («Domanda di requisizione»). I capi locali avranno interesse a riferirsi alle «schede dei locali», tenute a giorno periodicamente dopo l'aprile 1966, data del censimento dei locali disponibili per il servizio attivo, e che si trovano presso i comuni. Gli edifici di proprietà privata, che saranno utilizzati solo per una corta durata, non entrano in linea di conto per la requisizione di base. Lo stesso dicasi, naturalmente, anche degli edifici che non possono essere requisiti a norma dell'articolo 2 dell'ordinanza concernente la requisizione.
4. Gli edifici che si intendono requisire dovrebbero rispondere alle esigenze minime espresse nei documenti allegati alla presente circolare, ossia:
 - «Principi costruttivi concernenti la requisizione di edifici ad uso della protezione civile»
 - «Esigenze minime sulle dimensioni dei locali requisiti per gli organismi di protezione civile».In casi fondati, potranno *eccezionalmente* essere utilizzati come rifugi pubblici anche caverne o costruzioni sotterranee delle centrali elettriche (art. 4 LEPC), riservato il consenso dell'Ufficio federale della protezione civile da accordarsi caso per caso.
5. I moduli «Domanda di requisizione», completamente riempiti ed in ragione di un esemplare per edificio, dovranno essere inoltrati all'Ufficio federale della protezione civile entro la *fine del 1969*.
6. Questi lavori saranno eseguiti sotto forma di rapporti cantonali e comunali della durata di un giorno e secondo le necessità. Le retribuzioni o indennità relative sono regolate dalle istruzioni dell'Ufficio federale della protezione civile concernenti l'amministrazione nella protezione civile e loro appendice (FIPC 9, 141). Ogni rapporto sarà annunciato all'UFPC, all'inten-

zione dell'assicurazione militare, 4 settimane prima dell'inizio (senza programma delle materie e bilancio preventivo).

7. La scelta dei beni da requisire spetta ai comuni che hanno l'obbligo di istituire un organismo di protezione civile, nonché alla direzione dell'organismo di protezione di stabilimento delle FFS e al capo della protezione di stabilimento delle direzioni di circondario delle PTT. Voi dovrete renderli particolarmente attenti sul fatto che le possibilità offerte dalla requisizione di base *non li dispensa in alcun caso dall'obbligo legale di costruire* (art. 68 LPC). La requisizione costituisce soltanto una misura succedanea.
8. La pubblicazione della versione definitiva del documento sulla requisizione, distribuito ai rapporti di Zurigo e di Losanna, avrà luogo più tardi. Questo documento servirà di base per l'istruzione dei capi locali in materia di requisizione nella protezione civile. Per il disbrigo del presente incarico bastano gli allegati di cui ai numeri 4 e 5.

N. 133 del 26 agosto 1969

Conclusionazione dell'azione di adattamento al sistema d'accoppiamento Storz

Con riferimento alla nostra circolare N. 109 del 22.11.1968 (non tradotta in italiano), alcuni cantoni hanno chiesto una proroga per quanto riguarda l'azione di adattamento al sistema d'accoppiamento Storz. Aderendo a queste domande, abbiamo fissato come ultimo termine per questa azione il *30 giugno 1970*. Entro questa data, gli istanti dovranno inoltrare in tre copie i relativi conteggi dei comuni. Dopo di che provvederemo ai dovuti controlli e pagamenti dei sussidi.

A decorrere dal 30 giugno 1970 non saranno più accettate fatture del genere.

N. 138 del 1° ottobre 1969

Approvvigionamento dell'acqua necessaria alla lotta antincendio indipendentemente dalla rete d'idranti (art. 105, cpv. 1, lett. g, OPC e istruzioni del 1.6.1965 nel FIPC 2, 4) in unione con la creazione di piscine da nuoto

Il disciplinamento dell'erogazione di sussidi da parte della Confederazione a favore delle opere d'approvvigionamento dell'acqua necessaria alla lotta antincendio, indipendentemente dalla rete d'idranti, in unione con la costruzione di piscine da nuoto (num. 36 delle istruzioni) ha a più riprese dato adito a difficoltà d'interpretazione.

Di concerto con l'Amministrazione federale delle finanze viene chiarito e stabilito quanto segue:

1. La Confederazione accorda sussidi alle opere d'approvvigionamento dell'acqua necessaria alla lotta antincendio predisposte sin dall'inizio quali piscine, quando sia comprovato (mediante estratti di processo verbale, messaggi di votazione, piano idrico, ecc.) che le stesse non sarebbero state allestite senza le necessità dell'approvvigionamento d'acqua antincendio richieste dalla protezione civile.

2. Per le piscine dotate di speciali installazioni per il bagno, quali docce, trampolini, torre o piattaforma per i tuffi, cabine, locali di ristoro e simili, e soprattutto per gli impianti di nuoto con entrata a pagamento, è senz'altro da ammettere che essi siano stati realizzati per motivi di pubblica igiene o turistici. I sussidi federali potranno essere corrisposti solo quando il richiedente ne porti la controprova.
3. Ove, secondo il modo di vedere del realizzatore, debba trattarsi di un'opera d'approvvigionamento d'acqua antincendio per la protezione civile con diritto al sussidio, il rispettivo Comune o il terzo dovrà, conformemente alla procedura di cui al punto 5 seguente, chiedere l'autorizzazione di trasformare il previsto bacino d'acqua antincendio in piscina da nuoto o da bagno.
4. Quando il richiedente porti la prova di cui al punto 1 o la controprova di cui al punto 2 più sopra, l'Ufficio federale della protezione civile potrà assicurare il sussidiamento delle spese sopportate per la relativa messa in opera di impianti e dispositivi

necessari alla protezione civile alle seguenti condizioni:

- a) ubicazione della piscina conformemente alle esigenze tattiche e operative della protezione civile;
 - b) possibilità e sicurezza d'accesso, in ogni momento, alle prese d'acqua con autoveicoli;
 - c) nelle piscine situate all'interno di edifici: costituzione di una presa d'acqua fuori della presunta zona delle macerie, a spesa del Comune o del terzo;
 - d) utilizzazione da parte della protezione civile senza risarcimento alcuno;
 - e) iscrizione nel registro fondiario.
5. Restano sempre in vigore le istruzioni dell'UFPC del primo giugno 1965 sull'approvvigionamento dell'acqua necessaria alla lotta antincendio indipendentemente dalla rete d'idranti, nonché le due circolari N.30 e 65 concernenti il procedimento d'approvazione per i progetti, l'assicurazione e il versamento dei sussidi.

Lassen Sie sich durch die Inserate beraten!

Laissez-vous conseiller par les annonces



Betten und Mobiliar

für
Schutzräume aller Art
Unterkünfte aller Art
 von

H. NEUKOM AG 8340 Hinwil

Neu: Computersatz

jetzt noch rascher
 und leistungsfähiger für

Buchdruck
Offset
Siebdruck
Zeitungsrotation

Vogt-Schild AG
 Buchdruckerei und Verlag
 4500 Solothurn 2
 Telefon 065 26461